

Jochen Thies

Die Stunde der Europäer

Nach dem Krieg in Georgien

Der Konflikt um Georgien hat sich vorübergehend beruhigt, aber er kann jederzeit wieder eskalieren und auf die gesamte Region übergreifen. Dann ginge es zwischen Europa, den USA und Russland nicht um eine Rückkehr zu den Tagen des Kalten Krieges. Dann könnte Schlimmeres drohen, nämlich eine Situation wie im Sommer 1914.

Jochen Thies

(* 1944) ist Sonderkorrespondent beim Deutschlandradio Kultur in Berlin.

jochen.thies@dradio.de



Im Schwarzen Meer, in Sichtweite der Küste von Georgien, begegnen sich schon jetzt amerikanische und russische Kriegsschiffe. In einer Art von Gegenreaktion haben die russischen Streitkräfte Flugzeuge und Marineeinheiten an die Küsten der Karibik, nach Venezuela, entsandt. Das kann Symbolpolitik sein, ein Kratzen an der amerikanischen Monroe-Doktrin. Aber aus einem Missverständnis, aus einer Panne kann sich rasch, wie man weiß, ein großer Konflikt, die direkte Konfrontation von Großmächten, entwickeln.

In diesem Sommer hat sich gezeigt – unabhängig von der Bewertung der militärischen Vorgehensweise Russlands – dass die Amerikaner in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten – seit dem Fall der Mauer und der friedlichen Revolution in Osteuropa – schwerwiegende Fehler gemacht haben. Vereinfacht gesagt, sind sie zu rasch und zu brutal in das Vakuum hineingestoßen, das der Zusammenbruch der Sowjetunion zu Beginn der 90er Jahre hinterließ.

Die amerikanische Praxis entspricht dem Prinzip der *open door*, bei der der-

jenige im Vorteil ist, der mit dem Demokratieargument operieren und hinausposaunen kann, dass es freie Wahlen gegeben hat: »Georgien hat sich für den Westen entschieden. Es will in die Nato«. Selten hat ein kleines Land wie Georgien vor und nach dem kurzen Waffengang mit den Russen soviel Geld erhalten wie jetzt vom Westen. Die Bundesrepublik stellte direkt nach dem Ende der Kampfhandlungen 10 Millionen Euro bereit, die USA eine Milliarde Dollar! Dabei gehörte das christlich geprägte Land noch vor kurzem zu den *failed states* in der Region.

In gewisser Weise begehen die Amerikaner, wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen, die Fehler des deutschen Kaiserreiches in seiner Endphase. Damals unternahm Berlin mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk 1918 den Versuch, im Vorfeld von Lenins revolutionärem Russland eine Staatenordnung nach deutschen Vorstellungen zu errichten. Binnen weniger Jahre wurden alle diese Staaten mit Ausnahme Finnlands pulverisiert und in den Machtbereich der Sowjetunion eingegliedert. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese Geschichte sich nun wiederholt. Denn demokratisch sind die Staaten am Kaukasus und im Süden der alten Sowjetunion bis hin zu den Grenzen Chinas nicht oder nur vordergründig. Alte und neue politische Seilschaften haben sich längst zusammengefunden. Wahlen werden gefälscht, auch in Georgien. Und vom vielen Geld aus dem Westen profitiert al-

lenfalls eine kleine Mittelschicht in Städten wie Tiflis. Auf dem Land hat sich hingegen wenig geändert. Es herrschen dort Zustände wie in Sizilien vor Garibaldi. Fehlentwicklungen von Jahrhunderten lassen sich nicht kurzfristig beheben. Die Region braucht sicherlich Geld, aber vor allem Geduld.

Krieg um die Seele der Europäer

Daher werden nun die Reibungsflächen im Verhältnis von Europäern und Amerikanern, die ja auch vom Irak und von Afghanistan quasi »herüber strahlen«, zunehmen. Und davon werden (unverdientermaßen) die Russen profitieren, die, wie die Statements ihres Außenministers und der an strategischen Orten wie Berlin oder Brüssel sitzenden Botschafter im Spätsommer zeigten, ihre Chance wittern. Der Krieg um die Seele der Europäer findet längst statt. Amerika ist durch seine Wahlkämpfe absorbiert, es hat offenkundig Mühe, die Lage richtig einzuschätzen. Washington handelt ahistorisch. Unter solchen Umständen ist nur zu hoffen, dass die Wochen bis zum Jahresende zu intensiven transatlantischen Konsultationen genutzt werden, bevor im nächsten Jahr eine neue US-Administration ihr langfristiges Verhältnis zu Russland neu definieren wird. Das, was zur Zeit an amerikanischer praktischer Hilfe für Georgien läuft, bis hin zur Schulung von Personal auf Kriegsschiffen, deutet jedoch darauf hin, dass die Amerikaner gegenüber den Russen eine sehr viel härtere Gangart einlegen werden als die Europäer. Die *Nato* wird seit Monaten, wenn nicht seit Jahren, von Amerika instrumentalisiert.

Anscheinend wurde Washington von dem militärischen Schlagabtausch zwischen Georgien und Russland kalt erwischt. Viel spricht dafür, dass der hochfahrende Präsident Saakaschwili in fal-

scher Einschätzung der Lage den Waffengang auslöste, dass die Russen aber nur auf diese Gelegenheit gewartet hatten und loschlugen. Welche Rolle die amerikanischen Militärberater in Georgien dabei spielten, warum die OSZE den aufziehenden Konflikt nicht rechtzeitig kommen sah und die Weltöffentlichkeit alarmierte, gehört zu den Umständen, die dringender Aufklärung bedürfen. Bundesaußenminister Steinmeier hat dies zu Recht eingefordert.

Nun zeigt sich, dass die Amerikaner anders als die Europäer die Lehren aus dem KSZE-Prozess nicht verinnerlicht haben. Dazu gehört, den Gegner als Partner zu sehen, Verständnis für seine Lage aufzubringen, ihn nicht unnötig zu demütigen und zu provozieren und ihm vor allem Zeit zu lassen für die Hinnahme einer neuen Weltlage. Alles dies ist nach 1990 nicht passiert. Polen und die baltischen Staaten waren aus historischen Gründen besonders gelagert, ihre brüske Westorientierung in die Arme von *Nato* und EU nur allzu verständlich. Die Amerikaner haben aber auch sehr rasch Militärbasen in den anderen ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes errichtet. Albanien, Ungarn oder Rumänien waren jedoch andere Fälle und erst recht die gesamte Zone, die direkt an Russland grenzt. Dennoch sind die Amerikaner aus strategischen Gründen weiter nach Osten marschiert und haben – wie die Mächte des 19. Jahrhunderts – das *great game* um den Mittleren Osten, um Einfluss und Ausbeutung von strategischen Rohstoffen, eröffnet.

Abschied von einer Illusion

Unter solchen Umständen war es nur eine Frage der Zeit, wann die Russen auf diese Entwicklung antworten würden. Ihre militärischen Möglichkeiten sind begrenzt, ihre einst stolze Flotte verrostet in den Stütz-

punkten. Wenige Flugzeuge fliegen. Aber sie haben die erste Chance genutzt, und dies ausgerechnet in den Tagen, als sich die Welt in Peking zu den Olympischen Spielen versammelte und sich nochmals des Einmarsches des Warschauer Paktes in Prag vor 40 Jahren erinnerte.

Die bange Frage, vor allem für die Europäer lautet nun, ob Putin und Medwedew die Fehler, die sie gemacht haben, nämlich militärisch unverhältnismäßig zu reagieren und Absprachen über den Waffenstillstand unterschiedlich zu interpretieren, einsehen, oder ob sie auf ihren Positionen beharren. Darüber werden diese Wochen Auskunft geben. Zwar haben die Russen ihre auf georgischem Gebiet errichteten *checkpoints* bis Mitte Oktober aufgegeben, gleichzeitig aber auch ihre Truppen in Südossetien und Abchasien entgegen der Waffenstillstandsvereinbarung verstärkt. Und erst wenn die EU-Beobachter den ländlichen Raum in und um Georgien inspiziert haben, wird sich feststellen lassen, ob es im Sommer ethnische Vertreibungen gab oder nicht.

Sollte Moskau zu seinen Zusagen nicht stehen, sollte es in der Georgien-Frage taktieren, wäre eine wachsende Entfremdung von Europa unvermeidlich. Eine Illusion ist übrigens schon jetzt gestorben, nämlich dass Russland ein rundherum europäisches Land werden kann. Die Pressefreiheit im Lande ist stark bedroht, der politische Mord an der Tagesordnung. Eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, zu der auch Prag 1968 gehört hätte, findet nicht statt.

Somit hat der Georgien-Konflikt auch gezeigt, dass sich Europa auf ein autoritäres System einzustellen hat, das ohne großes Zögern militärische Mittel einsetzt, gleichzeitig aber auch die wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen sucht. Denn der russische Aufschwung basiert nur auf dem Verkauf von Öl und Gas. Die weltweite Finanzkrise hat Moskau seine Abhängigkeit gezeigt.

Es war ein offenkundiger Glücksfall, dass im Sommer dieses Jahres die Kooperation von Deutschen und Franzosen klappte. Das führte dazu, dass die EU nicht auseinanderfiel und sich die Staaten, die sich für eine wesentlich härtere Gangart gegenüber Moskau aussprachen, wie etwa die Polen und Briten, aber auch die Schweden, nicht durchsetzen konnten.

Außenminister Steinmeier bestand hier anscheinend seine erste große Bewährungsprobe, während die Bundeskanzlerin die Politik der Illusionen gegenüber Georgien und anderen osteuropäischen Staaten fortsetzte, die nach Westen drängen. Aber Georgien ist jetzt und in absehbarer Zeit nicht reif für die *Nato*. Kein europäischer Politiker wird bereit sein, im Notfall Garantien an eine Regierung in Tiflis abzugeben.

Auf viele Jahre hinaus haben es dagegen die Russen in der Hand, in einer Reihe von Ländern Mehrheiten nach ihren Vorstellungen zu organisieren. In dieser Gegend der Welt lässt sich die Politik der *open door* nämlich genauso gut unterlaufen. Es muss nur demokratisch aussehen, hat Stalin 1945 gesagt.

Im Rückblick auf die acht Jahre der zuende gehenden Bush jr.-Administration erscheinen die USA als ein janusköpfiges Gebilde, einerseits mit neo-imperialen Zügen, andererseits – und dies aufgrund ihres Selbstverständnisses – als revolutionäre Macht, die überall dort auf *regime change* drängt, wo sich Diktaturen oder autoritäre Potentaten an der Macht befinden. Im Nahbereich Russlands, von den kommenden Mächten Asiens gar nicht zu reden, stößt eine derartige Politik jedoch an ihre Grenzen. Sie muss daher genauso in Frage gestellt bzw. überprüft werden, wie der im September 2001 ausgerufenen Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Er brachte wenig zusätzliche Sicherheit, produziert aber weiterhin Massenpsychosen.

Somit schlägt nun die Stunde der Europäer, vielleicht zum letzten Mal die der Deutschen und Franzosen. Sie müssen die Einheit des Kontinents organisieren, damit Europa nicht zwischen Amerikanern und Russen zerrieben bzw. gespalten wird. Paris liebäugelt mit den Amerikanern, was

die Lage für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nicht leichter macht. Umso dringender wird daher eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, nicht in 20 Jahren, sondern sehr, sehr kurzfristig, wie der Fall Georgien lehrt.

Klaus Harpprecht

Die Glosse:

Lasst bitte die Finger von Georgien und der Ukraine

Vielleicht ist es wahr, dass die Überfütterung durch sogenannte »Informationen«, die von den Medien Tag für Tag und Nacht für Nacht in inflationärer Fülle produziert werden, das Wichtigste unserer menschlichen Talente stetig mindert: die Fähigkeit, Wichtiges und Unwichtiges zu unterscheiden. Politiker, die es sich zu leicht machen, leben davon. George *Doubleyou* Bush hatte, als Amerikas Finanzen vor dem unaufhaltsamen Absturz in die Katastrophe gerettet werden mussten, längst vergessen, dass er und vor allem sein Lenker hinter der Bühne, der gerissene Vizepräsident Cheney, den Weg ins Desaster gebahnt hatten: mit der kopflosen Deregulierung des Marktes, den Steuergeschenken an die Minorität der Reichen, dem billigen Geld des gegen Null tendierenden Zinssatzes, mit der Billionen-Verschleuderung im irakischen Krieg.

Nach der November-Wahl werden auch die beiden rasch genug einem (allzu) gnädigen Vergessen anheimfallen – wie zuvor schon ihr fataler Verteidigungsminister Rumsfeld, der nicht nur weitgehend für das Debakel im Irak verantwortlich war, sondern zugleich – von kaum einer Menschenseele bemerkt – in seinem vorsenilen Machtrausch die Atlantische Allianz partiell außer Kraft gesetzt hat. Er sprach, als die amerikanischen Panzerbrigaden in Bagdad einbrachen, angesichts der franzö-



Klaus Harpprecht

(* 1927) Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt. Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit letztem Jahr Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Neu erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.

sischen und deutschen Absage an seinen Krieg, von den wechselnden »Bündnissen im Bündnis«, die künftig die Existenz der *Nato* prägen würden. Damit kündigte er – ohne zu begreifen, was er damit anrichten würde – die automatische Beistandspflicht der Gemeinschaft für den Ernstfall einer massiven militärischen Aggression gegen ein Mitgliedsland auf. Die Vereinigten Staaten bestimmten von nun an, welche Kriege das Bündnis gegen wen und mit wem zu führen hatte. Ohnedies war die Automatik der militärischen Solidarität durch die Expansion der Allianz bis vor die Tore von Sankt Petersburg und bis zur Donau-Mündung eher fragwürdig geworden. Das Stichwort von der »Überexpansion« fiel schon damals.

Immerhin war es verständlich, dass Polen, Tschechien und die Slowakei, dass die kleinen baltischen Staaten Schutz vor dem Großen Bruder im Osten unter dem Dach der *Nato* suchten. Sie hatten bitter genug erfahren, dass weder Frankreich